

Antrag 2018/A/10
Landesvorstand der AfA RLP

Empfehlung der Antragskommission: Überweisen an

Klare Kante für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherung

Überweisung an Bundestagsfraktion

1 Der Landesparteitag möge beschließen:
 2 - Unser Profil schärfen - sozialdemokratischen Auf-
 3 bruch gemeinsam gestalten - Die Bundesrepublik
 4 Deutschland steht im internationalen Vergleich gut
 5 da. Allerdings wachsen die sozialen Unterschiede in
 6 unserem Land und darüber hinaus trotz hoher Un-
 7 ternehmensgewinne, günstige Bedingungen auf den
 8 Finanzmärkten florierender Wirtschaft. Die sozialen
 9 Unterschiede wachsen. In Deutschland, in Europa
 10 und weltweit. Vermögen, Einkommen und Chancen
 11 sind ungleicher verteilt denn je. Aus diesem Grund
 12 muss eine Sozialdemokratie, die klar für Gerechtig-
 13 keit steht, das Vertrauen in das sozialdemokratische
 14 Versprechen nach einer menschlicheren, gerechte-
 15 ren und friedlichen Gesellschaft unbedingt erneuern
 16 und die Bedingungen in unserem Land verbessern.
 17 Deshalb werden wir unsere konkreten Forderungen
 18 als Maßstäbe und Bedingungen in die programmati-
 19 sche Zielsetzung unserer Partei einbringen und wol-
 20 len als größte Arbeitsgemeinschaft, in der sich rund
 21 250.000 Betriebs- und Personalräte, Vertrauensleute
 22 sowie haupt- und ehrenamtliche Gewerkschafter und
 23 Mitstreiter in den Betriebsgruppen engagieren, an die-
 24 sem Programmprozess aktiv mitwirken. Klare Kan-
 25 te für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherung Un-
 26 ser Profil muss geschärft - sozialdemokratischer Auf-
 27 bruch muss gemeinsam gestaltet werden! Die Angst
 28 vor dem sozialen Abstieg in die Armut betrifft nicht
 29 nur die unteren sozialen Schichten. Zudem sind weit
 30 mehr Menschen von Armut betroffen, als die Zah-
 31 len auf den ersten Blick vermuten lassen. Es sind et-
 32 wa 12,5 Millionen betroffene Menschen, die arm sind
 33 – und das im fünftreichsten Land der Erde. Für uns
 34 in der AfA, stellt sich die die Situation armer Men-
 35 schen, deshalb so dramatisch dar, weil infolge der
 36 Erosion von Solidarität auch die Hoffnungen dieser
 37 Menschen, nämlich von ihren staatsbürgerlichen Frei-
 38 heiten und produktiven Fähigkeiten zukünftig wieder
 39 sinnvoll Gebrauch machen zu können, zerstört wer-
 40 den. Wir wollen deshalb mit unserem Leitantrag ei-
 41 ne alternative Wirtschaftspolitik fordern, die für einen
 42 Wechsel in den ökonomischen Denk und Handlungs-
 43 mustern steht und eine umfassende Reform der histo-
 44 risch überholten Wirtschafts- und Sozialpolitik hin zu
 45 mehr Gerechtigkeit und Solidarität betreibt.
 46
 47 Ausbildung und Weiterbildung Wir wollen eine gleich-
 48 berechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Bil-
 49 dungschancen und Zugang zu Aus- und Weiterbil-

50 dung. Wir wollen Frauen und Männer darin unterstüt-
51 zen, das traditionelle Berufs- und Studienfachwahl-
52 verhalten zu überwinden. Wir wollen eine kostenlo-
53 se (schulgeldfreie) Ausbildung für alle und gleichen
54 Zugang für Frauen und Männer zu betrieblichen und
55 überbetrieblichen Weiterbildung, für Teilzeitbeschäf-
56 tigte und Eltern ebenso wie für Vollzeitbeschäftigte
57 oder Ältere. Deshalb fordern wir:

- 58 • den Ausbau der frühkindlichen Ganztagsbetreuung
59 und einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschul-
60 platz
- 61 • bereits in der Sekundarstufe 1 in den Unterricht in-
62 tegrierte Informationen über berufliche Möglichkei-
63 ten in der dualen und universitären Ausbildung, die
64 die Rollenstereotypen überwinden, auf die Ausbil-
65 dung vorbereiten und die Zahl der Ausbildungsab-
66 brüche zu reduzieren.
- 67 • eine geschlechtsneutrale Berufsberatung durch die
68 Bundesagentur für Arbeit
- 69 • weitere geeignete Maßnahmen für mehr Frauen in
70 MINT-Berufen und mehr Männer in den sozialen Be-
71 rufen
- 72 • die Schulgeld-, Lernmittel- und Studiengebühren-
73 freiheit bis zum Abschluss der Ausbildung für alle
74 gesetzlich geregelten Ausbildungsgänge, sowie die
75 Meisterausbildung.
- 76 • eine Mindestausbildungsvergütung
- 77 • eine Ausbildungsplatzumlage zur Sicherstellung ei-
78 nes auswahlfähigen und bedarfsgerechten Angebo-
79 tes an Ausbildungsplätzen und eine Ausbildungsga-
80 rantie
- 81 • die Reform des Berufsbildungsgesetzes (BBiG) mit o-
82 der Überführung der verschulten Ausbildungen in
83 die duale Ausbildung oder in ein duales Studium o-
84 Fahrkostenübernahme, Qualitätssicherung und
85 Übernahmeregelung der Einführung einheitlicher
86 Rahmenbedingungen für das Duale Studium o-
87 Ausbau in ein Weiterbildungssystem mit Qualitäts-
88 sicherung und Zertifizierung, Freistellungs- und
89 Rechtsansprüchen und Finanzierungsmechanis-
90 men. Das reformierte und ausgebaut BBiG muss
91 auch die Rechte von Aus- und Weiterbildungsange-
92 boten für alle Beschäftigten sichern. Insbesondere
93 für Ältere, Teilzeitbeschäftigte oder Beschäftigte mit
94 familiären Verpflichtungen während Erziehungs-
95 und Pflegezeiten. Dazu gehört im Bedarfsfall auch
96 ein Kinderbetreuungsangebot o-
97 der Ausweitung der Weiter- und Fortbildung, die unternehmens-
98 unabhängig genutzt werden kann. Dabei wollen wir
99 einheitliche Qualitätsstandards, die das heterogene
100 Umfeld der Weiterbildungssysteme transparenter
101 und qualitätsbezogener macht.
- 102 • Bundeseinheitliche Regelungen der Weiterbildung

- 103 • Das Recht auf berufliche Fortbildung muss gesetz-
104 lich verankert und ein öffentliches Weiterbildungs-
105 und Beratungssystem im Verbund von Berufsschu-
106 len, Hochschulen und BA muss ausgebaut werden.
- 107 • Zudem brauchen wir einen Anspruch auf Aufstiegs-
108 Bafög auch für eine zweite Ausbildung.
- 109 • Insgesamt brauchen wir eine bessere finanzielle
110 Unterstützung für Berufswechler/innen („zweite
111 Chance“), Geringqualifizierte oder Ausgebildete mit
112 Studienwunsch: Die Befreiung der Aufstockungsbe-
113 träge von der Sozialversicherung in der Bildungsteil-
114 zeit steht noch aus!
- 115 • Eine Demokratisierung der Hochschulgremien ver-
116 langt auch, dass die Tarifpartner bei der Gestaltung
117 der Lernziele und -inhalte von Hochschulen Einfluss
118 nehmen können. Denn: Die Hälfte aller Berufstätigen
119 kommt mittlerweile aus der Hochschule in un-
120 sere Betriebe.
- 121 • Auch bei der betrieblichen Fortbildung brauchen
122 wir mehr Mitbestimmung: ein Initiativrecht des
123 Betriebsrats zur Durchsetzung von Qualifizierungs-
124 maßnahmen und die Verankerung eines Mitbestim-
125 mungsrechts des Betriebsrats über Lernangebote
126 und deren Integration in die Arbeitsorganisation.
- 127 • die Weiterentwicklung der Arbeitslosenversiche-
128 rung zu einer Arbeitsversicherung, die Veränderun-
129 gen der Arbeitswelt für ArbeitnehmerInnen bewäl-
130 tigtbar macht und auch zweite, und weitere Chancen
131 ermöglicht.
- 132 • die Anwendung des Allgemeinen Gleichbehand-
133 lungsgesetzes (AGG) auch im Hochschulbereich
- 134 • Gezielte Maßnahmen des Zugangs Geflüchteter zu
135 Ausbildung und Integration in den Arbeitsmarkt.
- 136 Gute Arbeit – Gutes Leben Wir wollen wieder Ordnung
137 auf dem Arbeitsmarkt herstellen und den Beschäftig-
138 ten wieder Sicherheit geben. Wir wollen die Gleich-
139 stellung von Frauen und Männern auf dem Arbeits-
140 markt durchsetzen und damit mehr Menschen eine
141 partnerschaftliche Vereinbarkeit von Familie und Be-
142 ruf ermöglichen. Gute Arbeit und an die Bedürfnis-
143 se der Beschäftigten ausgerichtete Arbeitszeiten sind
144 Voraussetzung für ein gutes Leben und gleiche Teil-
145 habe in allen gesellschaftlichen Bereichen. Wir wol-
146 len Langzeitarbeitslosen eine Perspektive geben. Zu ei-
147 nem guten Leben und gesellschaftlicher Teilhabe für
148 alle gehören auch bezahlbares Wohnen und eine gute
149 medizinische und pflegerische Versorgung sowie glei-
150 chen Lebensbedingungen für alle. Wir wollen die fort-
151 schreitende Digitalisierung zum Vorteil aller Beschäf-
152 tigten mitgestalten, damit sie nicht zu schlechteren
153 Arbeitsbedingungen führt.
- 154 Deshalb fordern wir: Gute Arbeit
- 155 • einen armutsfesten Mindestlohn - ohne Ausnah-

- 156 men und mit wirkungsvollen Kontrollen bei entspre-
157 chender Ausstattung mit Kompetenzen und Perso-
158 nal
- 159 • die Abschaffung der sachgrundlosen Befristung so-
160 wie die Einschränkung der Befristungsgründe
 - 161 • die Einführung der befristeten Teilzeit mit einem
162 Rückkehrrecht zur alten Arbeitszeit
 - 163 • die Reform der Minijobs auf Basis des DGB-Modells
164 - Die Privilegierung von Minijobs muss beendet wer-
165 den. Und es bedarf klarer Kriterien zur Abgren-
166 zung zwischen abhängiger Beschäftigung und (So-
167 lo)-Selbständigkeit.
 - 168 • eine intensivere und praxistaugliche Bekämpfung
169 des Missbrauchs von Leiharbeit, Werkverträgen und
170 Scheinselbstständigkeit. Der Grundsatz gleicher
171 Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort muss
172 eingehalten werden.
 - 173 • die Erhöhung der Tarifbindung, beispielsweise durch
174 die Vereinfachung der Allgemeinverbindlichkeitser-
175 klärung von Tarifverträgen, u. A. durch Mehrheits-
176 erfordernis bei der Ablehnung eines entsprechen-
177 den Antrags und der Nachwirkung von Tarifverträ-
178 gen bei Ausgründungen, Organisationsänderungen
179 oder Verlassen des Tarifbereichs durch den Arbeitge-
180 ber.
 - 181 • die Durchsetzung von Recht und Ordnung auf
182 dem Arbeitsmarkt durch wirksame Kontrollen des
183 Arbeits- und Sozialrechts sowie eine bessere und
184 bundesweite Koordinierung. ein besserer arbeits-
185 und sozialrechtlicher Rahmen für sichere Arbeit.
 - 186 • Präzisierung des Vergaberechts zum Schutz von
187 Arbeits- und Sozialstandards, insbesondere bei Per-
188 sonalübergang bei Bahn und Bus
- 189 Vereinbarkeit
- 190 • die Einführung der Familienarbeitszeit für Eltern
191 und pflegende Angehörige, die als Lohnersatzleist-
192 ung ausgestaltet werden soll.
 - 193 • die Einführung der Wahlarbeitszeit (Wahlarbeitsge-
194 setz)
 - 195 • einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für
196 alle Kinder bis zum 10. Lebensjahr, sowie für Kinder
197 mit besonderem Unterstützungsbedarf
 - 198 • gebührenfreie Kita-Plätze
 - 199 • bis zur Verwirklichung der Gebührenfreiheit, die
200 steuerliche Gleichbehandlung von Arbeitgeberzu-
201 schüssen zu Hortplätzen mit denen für Kita-Plätze
- 202 Entgeltgleichheit
- 203 • die Weiterentwicklung des Lohntransparenzgesetz-
204 zes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz, in dem alle
205 Beschäftigten erfasst werden, verbindliche Kriterien
206 für Prüfverfahren, verbindliche Verfahren zur Her-
207 stellung der Entgeltgleichheit und zur Bewertung
208 gleichwertiger Arbeit sowie ein Verbandsklagerecht

- 209 vorgesehen werden
- 210 • von den Tarifvertragsparteien ihre Tarifverträge auf
211 direkte und indirekte Diskriminierung zu überprüfen
212 und diskriminierungsfrei auszugestalten
- 213 • die Aufwertung sozialer Berufe
- 214 • ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft,
215 mit dem der Anteil der Frauen in allen Unterneh-
216 mensebenen gesteigert wird
- 217 • eine feste Quote für börsennotierte oder mitbe-
218 stimmte Unternehmen für Vorstände und Aufsichts-
219 räte, mit dem Ziel in zwei Schritten Parität zu errei-
220 chen
- 221 Mitbestimmung/Tarifrecht
- 222 • einen Ausbau der betrieblichen Mitbestimmung, so-
223 wie eine härtere Bestrafung von Behinderung ge-
224 werkschaftlicher Arbeit
- 225 • die Verhinderung der Zergliederung der Betriebe in
226 viele kleine neue Firmen. Beschäftigte dürfen durch
227 Umstrukturierung nicht entrechtet werden.
- 228 • die Stärkung und Unterstützung der Tarifvertrags-
229 parteien
- 230 • Verbandsklagerecht der Gewerkschaften
- 231 • einen wirksamen Schutz von Whistleblowern
- 232 • die Beschäftigten bei den Kirchen müssen endlich
233 arbeits-, tarif-, betriebs- und mitbestimmungsrecht-
234 lich mit allen ArbeitnehmerInnen gleichgestellt wer-
235 den
- 236 Langzeitarbeitslosigkeit/Benachteiligte
- 237 • einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor,
238 sowie die finanzielle Förderung der regionalen Ar-
239 beitsmärkte
- 240 • die Einführung der Bürgerversicherung Gesundheit
241 und Pflege
- 242 • mehr bezahlbaren Wohnraum durch einen deut-
243 lichen Ausbau des sozialen und genossenschaftli-
244 chen Wohnungsbaus und gezielt für Studierende
245 und Auszubildende
- 246 • Sanktionen für Arbeitslose auf Nutzen und Wirkung
247 überprüfen
- 248 • die Inklusion von Menschen mit Behinderung in die
249 Welt
- 250 • Konzepte für geflüchtete Menschen
- 251 • die Paritätische Finanzierung der Sozialversicherung
- 252 Digitalisierung
- 253 • Die Erfassung und Auswertung von Daten, darf ei-
254 nen Nutzer nicht für einen unverhältnismäßig gerin-
255 gen Nutzen, enteignet werden. Der Erwerb von Da-
256 ten allein über AGB, muss ausgeschlossen werden,
257 das Eigentum an Daten muss definiert und gewähr-
258 leistet werden. Die ökonomische Nutzung von Daten
259 ist an den Besitzer/Erzeuger der Daten zu koppeln
260 und wird generell wie eine normale Ware behandelt.
261 Das Recht zur Nutzung von Daten muss final immer

262 beim Erzeuger der Daten liegen.

263 • die Regulierung der Plattformarbeit

264 • Regelungen, die das Erstellen von Algorithmen

265 mitbestimmungsfähig machen und gewährleisten,

266 dass sie sich nicht vollkommen vom menschlichen

267 Willen entfremden.

268 • mehr zeitgemäße Mitbestimmungsrechte der

269 Betriebsräte bei einem stärkeren Beschäftigten-

270 Datenschutz

271 • Die in der EU-Datenschutzgrundverordnung vorge-

272 sehene Möglichkeit, ein spezielles Beschäftigten-

273 datenschutzgesetz zu erlassen, muss genutzt wer-

274 den und ist einzuleiten. Ziel muss sein, das be-

275 stehende nationale Schutzniveau zu erhalten und

276 insbesondere den Herausforderungen der Digitali-

277 sierung zu begegnen. Es muss gewährleistet sein,

278 dass Datenschutzbeauftragte unabhängig sind, aus-

279 reichend mit Ressourcen ausgestattet und über we-

280 sentliche Vorgänge informiert werden. Transparenz

281 ist für Betroffene herzustellen. Die Verletzung des

282 Datenschutzes muss gravierende Strafen zur Folge

283 haben. Sanktionen müssen deutlich spürbar sein,

284 um Nachlässigkeiten oder Missbräuche zu vermei-

285 den.

286 • die Stärkung der Mitbestimmungsrechte der

287 Betriebs- und Personalräte mit Blick auf die Digitali-

288 sierung

289 • Das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) und ande-

290 re Arbeitsgesetze müssen unter anderem durch Sen-

291 kung der Schwellenwerte mehr Mitbestimmung in

292 KMU-Betrieben ermöglichen.

293 • eine geeignete Unterstützung des wirtschaftlichen

294 Strukturwandels: Die Arbeitsagenturen müssen prä-

295 ventive Angebote zur Qualifizierung für die digi-

296 tale Arbeitswelt fördern. Hierzu gehören auch der

297 Erhalt und die Weiterentwicklung des Transfer-

298 Kurzarbeitergelds (T-KUG) in ein Transformations-

299 KUG. Einerseits geht es um eine Verlängerung

300 der Bezugsdauer, um anerkannte Qualifizierungsab-

301 schlüsse erreichen zu können, andererseits um die

302 Weiterentwicklung zur Arbeitsplatzsicherung bei

303 Strukturbrüchen durch die Digitalisierung der Ar-

304beitswelt. Das weiter entwickelte T-KUG kann dazu

305 beitragen, dass Digitalisierung nicht zu Entlassun-

306 gen führt, sondern die Weiterbeschäftigung im Be-

307 trieb in den Mittelpunkt stellt.

308 Soziale Sicherung – sicher, gerecht und selbstbe-

309 stimmt

310 Wir wollen Sicherheit und sichere Sozialversiche-

311 rungssysteme, die im Fall von Krankheit oder Pfl-

312 egebedürftigkeit eine gute Versorgung ermöglichen.

313 Wir wollen eine gerechte Finanzierung der sozialen

314 Sicherungssysteme: Das verlangt vor allem die pari-

315 tätische Finanzierung durch Arbeitgeber/innen und
316 Arbeitnehmer/innen. Gesamtgesellschaftliche Aufga-
317 ben müssen aus Steuern finanziert werden, die Ar-
318 beitgeber/innen müssen wieder zu gleichen Teilen an
319 der Finanzierung der sozialen Sicherung beteiligt wer-
320 den. Langfristig müssen alle Erwerbstätigen in die ge-
321 setzlichen Systeme einbezogen werden und ihren Bei-
322 trag leisten. Deshalb fordern wir: Arbeits- und Ge-
323 sundheitsschutz

324 • Die für alle Arbeitgeber bestehende Pflicht, Gefähr-
325 dungsbeurteilungen durchzuführen und entspre-
326 chende Arbeitsschutzmaßnahmen zu dokumentie-
327 ren, muss von weiteren Maßnahmen flankiert wer-
328 den, um bestehende Umsetzungsdefizite abzubauen.
329 Die erforderlichen Maßnahmen reichen von einer
330 weiteren rechtlichen Konkretisierung und System-
331 atisierung der Gefährdungstatbestände über eine
332 Effektivierung behördlicher Überwachung bis hin zu
333 wirksamen Sanktionsmaßnahmen. Eine Anti-Stress-
334 Verordnung würde dazu beitragen, dass wirksame
335 präventive Maßnahmen ergriffen werden.

336 • Wir brauchen ein Initiativrecht und eine wirksame
337 Mitbestimmung bei der Durchsetzung von Präven-
338 tionsmaßnahmen im Betrieb durch den Betriebsrat.

339 • Das Berufskrankheitenrecht muss reformiert wer-
340 den. Die gesetzlichen Hürden für die Anerkennung
341 einer Berufskrankheit müssen gesenkt werden. Re-
342 gelungen zur Beweiserleichterung sind zu treffen.

343 Gesundheit und Pflege

344 • Zur gerechten Finanzierung von Gesundheit und
345 Pflege wurde die Beitragsparität in der gesetzlichen
346 Krankenversicherung wiederhergestellt. Das ist gut
347 so! Auf dem Weg zu einer solidarischen Bürgerversi-
348 cherung sollte die Beitragsbemessungsgrenze in ei-
349 nem ersten Schritt auf das Niveau der Rentenversi-
350 cherung angehoben und geprüft werden, wie ande-
351 re Einkunftsarten (z.B. Kapitaleinkünfte) zur Finan-
352 zierung der Kranken- und Pflegeversicherung heran-
353 gezogen werden können.

354 • Wir brauchen eine hohe Qualität gesundheitlicher
355 Versorgung und Pflegeleistungen, die unabhängig
356 vom Geldbeutel ein Leben in Würde bieten. Dazu
357 müssen die Leistungen der Pflegeversicherung ver-
358 bessert und besondere Pflegebedürfnisse berück-
359 sichtigt werden.

360 • Sofortprogramm für bessere und attraktivere Ar-
361beitsbedingungen für die Beschäftigten in der Pfl-
362ge, insbesondere durch eine Mindestpersonalaus-
363stattung.

364 • Damit Beschäftigte sich auch neben der Arbeit der
365 Pflege von Angehörigen widmen können, muss die
366 Pflegezeit so weiterentwickelt werden, dass sie auch
367 für Menschen mit geringeren Einkommen zugäng-

368 lich wird.
369 Kurswechsel in der Rentenpolitik
370 Wir wollen die gesetzliche Rentenversicherung stär-
371 ken und zukunftsfest machen. Wir wollen, dass lang-
372 jährig Versicherte sowie Versicherte, die wegen Kin-
373 dererziehung oder der Pflege naher Angehöriger ih-
374 re Erwerbstätigkeit zeitweise reduziert haben, im Al-
375 ter eine Rente oberhalb der Grundsicherung und da-
376 durch keine Nachteile haben. Deshalb fordern wir:
377 Die gesetzliche Rente muss die alleinige Säule der
378 Alterssicherung sein. Das System der gesetzlichen
379 Alterssicherung ist so umzubauen, dass das Ziel
380 der Lebensstandard-sicherung wieder ausschließlich
381 durch das gesetzliche Rentensystem erreicht und da-
382 mit die strukturelle Armut vermieden wird. Die gesetz-
383 liche Förderung privater Vorsorge muss entfallen. Für
384 bestehende Verträge soll jedoch der Vertrauensschutz
385 gelten. Die bestehenden und zukünftigen vereinbar-
386 ten Regelungen zwischen Gewerkschaften und Arbeit-
387 geberverbänden bezüglich Betriebsrente, sollen hier
388 ausdrücklich unberührt bleiben. Die betriebliche Al-
389 tersvorsorge soll als Ergänzung gestärkt und ihre Ver-
390 breitung deutlich erhöht werden. Dabei setzen wir auf
391 arbeitgeberfinanzierte Modelle, die von den Tarifpart-
392 nern organisiert und über Tarifverträge abgesichert
393 werden. Eine Rentenversicherung für alle Erwerbstä-
394 tigen. Der Umbau des Rentensystems hat durch Ein-
395 beziehung aller Erwerbstätigen und Einkommensar-
396 ten zu erfolgen, d.h. Beitragszahler und Rentenemp-
397 fänger sind neben Arbeitnehmern auch Beamte, Frei-
398 berufler, Selbstständige, Mandatsträger. Auch Vermö-
399 gende und deren Kapitalerträge müssen in einem so-
400 lidarischen Rentensystem herangezogen werden. Im
401 neuen Rentensystem werden alle bisher bestehen-
402 den Alterssicherungssysteme zusammengeführt. Bei
403 der Umstellung auf das neue Rentensystem müs-
404 sen insbesondere für Beamten und berufsständige
405 Versorgungseinrichtungen angemessene Übergangs-
406 regelungen getroffen werden.
407 Das Rentensystem solidarisch finanzieren
408 • Das Solidarprinzip und damit die volle Parität zwi-
409 schen Arbeitgeber- und Arbeitnehmeranteil ist wie-
410 derherzustellen.
411 • Den derzeit möglichen individuellen Verzicht auf
412 die Rentenversicherungspflicht bei Mini-Jobs ist zu
413 streichen
414 • Rentenbeiträge für Arbeitslose sind vollständig zu
415 berücksichtigen und von der Arbeitslosenversiche-
416 rung zu entrichten.
417 • Die Beitragsbemessungsgrenze muss entfallen, und
418 die Höhe der Rentenbezüge muss zu Gunsten
419 der Gesamtfinanzierung des neuen Rentensystems
420 nach oben begrenzt werden.

421 • Statt Beitragssatzsenkungen: Aufbau einer
422 Demographie-Reserve. Die Sicherung der Ren-
423 tenzahlung ist durch den Aufbau einer Demografie-
424 Reserve zu gewährleisten.

425 • Ergänzend zum Aufbau einer Demografie-Reserve
426 muss ein demografiebedingter Kostenanstieg vor-
427 übergehend durch Bundeszuschüsse zur gesetzli-
428 chen Rentenversicherung erfolgen.

429 • Reduzierung der Doppelverbeitragung bei der be-
430 trieblichen Altersversorgung durch die Kranken- und
431 Pflegeversicherung.

432 Das Niveau der gesetzlichen Rente anheben. Das Ren-
433 tenniveau der gesetzlichen Rente muss schrittwei-
434 se wieder angehoben werden, um einen angemess-
435 enen lebensstandardsichernden Rentenanspruch zu
436 gewährleisten. Als ersten Schritt ist das derzeitige
437 Rentenniveau zu stabilisieren. Zeitnah muss in einem
438 zweiten Schritt eine deutliche Anhebung erfolgen. Die
439 Entwicklung der Renten in der Zukunft muss wie-
440 der der Entwicklung aller Einkünfte folgen. Der Al-
441 tersvorsorgeanteil (AVA) aus der Rentenanpassungs-
442 formel muss ersatzlos gestrichen werden. Solidarren-
443 te mit Höherbewertung niedriger Einkommen ein-
444 führen Niedrige Einkommen müssen besser bewertet
445 werden. Diese Solidarrente muss deutlich höher sein
446 als das Sozialhilfeniveau (Grundsicherung). Gleitende
447 Übergänge in die Rente statt Anhebung des Rentenzu-
448 gangsalters Flexible Übergänge vom Arbeitsleben in
449 den Ruhestand müssen gefördert werden. Die Reform
450 der Renten wegen Erwerbsminderung vollenden Ren-
451 ten wegen voller Erwerbsminderung sind künftig in je-
452 dem Falle wieder ohne Abschläge zu gewähren. Die
453 Berechnungsgrundlage für die Erwerbsminderungs-
454 rente soll das aktuelle Renteneintrittsalter des Versi-
455 cherten sein.

456 Ausfallzeiten bei der Erwerbsbiografie besser bewer-
457 ten

458 • Für Erziehungs- und Pflegeleistung (finanziert durch
459 Pflegeversicherung) erhalten die erziehenden bzw.
460 pflegenden Personen so viele Rentenpunkte zusätz-
461 lich zu ihrem Rentenanspruch, als hätten sie in der
462 Erziehungs- bzw. Pflegezeit Vollzeit gearbeitet.

463 • Entsprechend erfolgt eine rentenrechtliche Bewer-
464 tung von Aus- und Fortbildungszeiten.

465 Versicherungsfremde Leistungen solidarisch und ge-
466 recht über Steuermittel finanzieren. Es entspricht der
467 rentenpolitischen Beschlusslage der SPD, alle versi-
468 cherungsfremden, aber sozial notwendige Leistungen
469 über das allgemeine Steueraufkommen zu finanzia-
470 ren. Dazu gehören zum Beispiel: einheitliche Mütter-
471 rente, Ost-West Angleichung, Erziehungs- und Pflege-
472 leistungen. Es darf keine Finanzierung dieser Leistun-
473 gen über die Rentenbeiträge geben.

- 474 Steuern und handlungsfähiger Staat
- 475 Wir wollen Steuergerechtigkeit wiederherstellen und
- 476 mehr Handlungsspielraum zur Sicherung und zum
- 477 Ausbau der staatlichen Daseinsvorsorge in den Berei-
- 478 chen der Bildung, der Betreuungs-, Verkehrs- und di-
- 479 gitalen Infrastruktur, der finanziellen Ausstattung der
- 480 Kommunen und zur Unterstützung der Aufgaben im
- 481 Zusammenhang mit dem demographischen Wandel
- 482 zu erlangen. Wir wollen damit die Grundlage für ein
- 483 erfolgreiches und erfülltes Zusammenleben und ge-
- 484 sellschaftliche Teilhabe für alle schaffen. Deshalb for-
- 485 dern wir:
- 486 • ein sozial gerechtes Steuersystem im Einkommens-
 - 487 steuerrecht:
 - 488 • den Umstieg vom Ehegattensplitting zur Individual-
 - 489 besteuierung, wobei die gegenseitige Unterhaltsver-
 - 490 pflichtung steuerfrei bleibt. (Stichtagsregelung mit
 - 491 Bestandsschutz für vor Stichtag geschlossene Ehen)
 - 492 • die Steuerklasse IV mit Faktorverfahren als Regelbe-
 - 493 steuerung und die Abschaffung der Steuerklassen-
 - 494 kombination III/V
 - 495 • Verbesserungen für Alleinerziehende und insbeson-
 - 496 dere Geringverdienende
 - 497 • die Abschaffung der Zinsabgeltungssteuer, welche
 - 498 Kapitaleinkommen bevorzugt. Stattdessen fordern
 - 499 wir die gleiche Besteuerung von Arbeits- und Kapi-
 - 500 taleinkünften.
 - 501 • die Beibehaltung des Solidaritätszuschlages zur Fi-
 - 502 nanzierung der Maßnahmen zur Bewältigung des
 - 503 demographischen Wandels im Rahmen einer Ge-
 - 504 meinschaftsaufgabe
 - 505 • eine Entlastung der unteren Einkommen, die voll-
 - 506 ständig durch Erhöhung des Spitzensteuersatzes
 - 507 und der Reichensteuer für sehr hohe Einkommen ge-
 - 508 genfinanziert wird.
 - 509 • Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzie-
 - 510 rung der Krankenversicherung bei der Vermögens-
 - 511 und Erbschaftssteuer
 - 512 • eine verfassungskonforme Wiederbelebung der Ver-
 - 513 mögenssteuer
 - 514 • stärkere Besteuerung großer Erbschaften.
 - 515 • das Erbschaftsteuerrecht zu vereinheitlichen und
 - 516 gerechter auszugestalten. Es muss gleiches Recht
 - 517 für alle Erbschaften gelten. Die Erbschaftssteuer
 - 518 ist grundsätzlich bei Erwerb zu zahlen. Zur Siche-
 - 519 rung der Unternehmensfortführung sind (verzinst)
 - 520 Stundungen bis zu 10 Jahren möglich. Freibeträge
 - 521 bei Schenkungen und Erbschaften können pro Er-
 - 522 werber nur einmal in Anspruch genommen werden.
 - 523 Für Finanztransaktionen
 - 524 • die Einführung der Finanztransaktionssteuer.
 - 525 • das Verbot des Hochfrequenzhandels beim Steuer-
 - 526 vollzug

- 527 • bessere personelle und materielle Ausstattung der
528 Steuerprüfung und Steuerfahndung zur Eindäm-
529 mung der Steuerhinterziehung
- 530 • eine bessere internationale Kooperation im Steuer-
531 datenaustausch und eine Harmonisierung von Un-
532 ternehmensbesteuerung. im Haushaltsrecht
- 533 • ab der nächsten Wahlperiode die Verankerung von
534 Gleichstellung als Querschnittsaufgabe in den fi-
535 nanzpolitischen Entscheidungen, bei der Haushalts-
536 aufstellung und beim Haushaltsvollzug (Gender
537 Budgeting).
- 538 Unser Land durch Investitionen zukunftsfest machen
539 Deutschland braucht mehr Investitionen. Neben den
540 Investitionen in Verkehrssysteme, Energiewende, IT-
541 Infrastruktur und Gebäude gilt es, auch in soziale In-
542 frastruktur zu investieren: in Gesundheit und Pflege,
543 Bildung, Kultur, sozialen Wohnungsbau sowie geziel-
544 te Forschung in gesellschaftlich notwendige Projekte.
545 Der Staat muss eine aktive Rolle beim sozialen und
546 ökologischen Umbau der Volkswirtschaft spielen. Des-
547 halb fordern wir:
- 548 • dass vom öffentlichen Sektor entscheidende Impul-
549 se ausgehen. Liberalisierung und Privatisierung sind
550 keine Antwort auf die öffentliche Verschuldung und
551 Finanzknappheit. Bund, Länder und insbesondere
552 die Kommunen brauchen für ihre Aufgaben ausrei-
553 chend eigene Mittel. Dies schließt auch einen „Mas-
554 terplan Verkehr“ mit einer ökologischen Verkehrs-
555 wende zugunsten von Schiene und öffentlichem
556 Personen Nah- und Fernverkehr ein.
- 557 • dass man sich mit der Schuldenbremse und dem Fis-
558 kalpakt in der gegenwärtigen Form nicht abfindet,
559 denn beides wirkt in Deutschland und Europa als In-
560 vestitionsbremse.
- 561 • dass die Nachfrage durch Stärkung der Massenein-
562 kommen zunimmt, da sich nur dann eine private In-
563 vestitionsdynamik entfalten wird.
- 564 Durch Europa sozialen Frieden garantieren Unge-
565 rechte Sparpolitik, Rückschritte in der europäischen
566 Sozial- und Arbeitsmarktpolitik sowie das Aushebeln
567 von Arbeitnehmerrechten haben Europa entsolidari-
568 siert. Das deutsche Beispiel zeigt, dass Konjunktur-
569 programme und gleichberechtigtes Zusammenwirken
570 der Tarif- und Betriebsparteien Krisen überwinden
571 helfen. Daher sind Investitionen auf EU-Ebene in En-
572 ergie, Forschung, Bildung, Kultur, Infrastruktur, den
573 Schutz der Umwelt und den Arbeitsmarkt, vor allem
574 für junge Menschen, ebenso unverzichtbar wie im In-
575 land. Deshalb fordern wir:
- 576 • In allen Ländern Europas, insbesondere in Deutsch-
577 land die Armut und im besonderen Maße die Kinder-
578 armut aktiv bekämpfen
- 579 • in allen Ländern Europas einen nachhaltigen Wachs-

580 tumskurs fördern, nicht auf noch härteren Sparmaß-
581 nahmen setzen. Dies ist nicht nur wirtschaftlich rich-
582 tig, sondern auch politisch unbedingt notwendig, da
583 nur so die Menschen wieder Vertrauen in die euro-
584 päische Idee und ihre europäischen Partner gewin-
585 nen können.

586 Eine europäische Sozialunion beinhaltet auch Min-
587 deststandards für Arbeitnehmer*innenrechte, soziale
588 Sicherungssysteme und Mitbestimmung sowie die Si-
589 cherung und Erstreckung des deutschen Mitbestim-
590 mungsrechts auf alle in Deutschland tätigen Unter-
591 nehmen. Gleiche Arbeit am gleichen Ort ist gleich
592 zu behandeln. Alle Anforderungen, die zu Handelsab-
593 kommen vom SPD-Parteitag beschlossen wurden gel-
594 ten fort. Die Zustimmung zu Handelsabkommen muss
595 an Bedingungen geknüpft sein, die dies gewährleis-
596 ten. Das gilt für den Schutz von Verbrauchern*innen,
597 aber auch bei Finanzprodukten im Dienstleistungs-
598 sektor sowie im Kultur- und Sportwesen. Freihandels-
599 abkommen dürfen in keinem Fall Rechte von Arbeit-
600 nehmern*innen oder staatliche Regulationsmöglich-
601 keiten aushöhlen. Die bisher erreichten Bedingungen
602 bei Arbeits- und, Kündigungsschutz, Mitbestimmung,
603 Streikrecht, Diskriminierungs- und Datenschutz sind
604 in jeden Fall zu wahren. Ebenso das System der gesetz-
605 lichen Unfallversicherung sowie unser Sozialversiche-
606 rungssystem.

607 Humanität und Verantwortung in der Politik für Ge-
608 flüchtete zeigen - Friedenspolitik aktiv gestalten Un-
609 sere Politik für Geflüchtete muss von Humanität und
610 Verantwortung gegenüber Menschen in Not geprägt
611 sein. Humanitäre Hilfe ist eine ethische Verpflichtung.
612 Die SPD muss sich dafür einsetzen, dass legale und vor
613 allem sichere Wege für Geflüchtete nach Europa ge-
614 schaffen werden. Spezielles Augenmerk gilt hier be-
615 sonders schutzbedürftigen Personen wie Frauen, Kin-
616 dern und Menschen mit besonderen Bedürfnissen,
617 ebenso bei deren Unterbringung. Geflüchteten muss
618 die Möglichkeit gegeben werden, sich zügig integrie-
619 ren zu können. Schlüssel für Integration sind gute Bil-
620 dung, Ausbildung und Arbeit. Dies setzt wiederum gu-
621 te Sprachkenntnisse voraus. Friedenspolitik, muss die
622 Ursachen von Konflikten, Gewalt und Kriegen benen-
623 nen und bekämpfen. Auch hier geht es um Gerechtig-
624 keit, Ausgleich, Abbau von wirtschaftlichen und politi-
625 schen Abhängigkeiten, Folgen von Handelsbeziehun-
626 gen und Klimawandel. Deshalb fordern wir: Die SPD
627 muss sich dafür einsetzen,

- 628 • dass eine drastische Reduzierung der geplanten Auf-
629 rüstungspläne der Bundesverteidigungsministerin
630 bis 2030 vorgenommen wird und
- 631 • dass die eingegangenen Verpflichtungen im Rah-
632 men der Entwicklungszusammenarbeit umgesetzt

633 werden.
634 Erneuerung beteiligungsorientiert mitgestalten
635 Glaubwürdigkeit und Vertrauen werden wir nur
636 zurückgewinnen, wenn unser Handeln im politischen
637 Alltag mit unserer grundsätzlichen Neuorientierung
638 übereinstimmen und nicht von ständig neuen tak-
639 tischen Erwägungen geprägt ist. Auch und gerade
640 für den Fall einer Regierungsbeteiligung muss sich
641 die SPD laufend fragen, ob die „roten Linien“, die
642 Kriterien noch erfüllt sind. Das zu überprüfen und
643 gleichzeitig die programmatische und personelle
644 Parteireform voranzutreiben, erfordert die breite
645 Beteiligung der Mitglieder, FunktionärInnen und
646 gesellschaftlichen Verbündeten. Die Kompetenzen
647 der SPD-Arbeitsgemeinschaften und vorhandene
648 Beteiligungsformen müssen gestärkt und zur Wil-
649 lensbildung von unten nach oben ermächtigt werden.